Saar-Post

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich, Geschäftsstelle: Saarlouis, Alt Markt 1
Telegramm-Adresse: Saar-Saarlouis
Fernsprecher 70 und 80. Postscheck 39

1872

DISCIPLINA ATQUE FOVET

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frk. 11.00.
Zeitungspreis: Die Grundzeile zu 7 mm breit 35 Pfg., Auswärtige 40 Pfg. Amtliche Anzeigen 30 Cts.

Nr. 142 — Saarlouis, Samstag, den 22. Juni 1929. — 58. Jahrgang

Dr. Stresemann erstattet Bericht

in Berlin.

Die Kabinettssitzung.

Berlin, 21. Juni. Das Reichskabinett ist heute vormittag um 11 Uhr zu der angekündigten Kabinettssitzung zusammengetreten, in der Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die Wiederkehr Tagung des Völkerbundsrates und seine Pariser Besprechungen berichtete.

Beschluß des Reichstabinetts zum Sachverständigenbericht.

Berlin, 21. Juni. Unter der Leitung des Reichsaußenministers, der anstelle des erkrankten Reichskanzlers den Vorsitz führte, trat heute vormittag ein Kabinettsrat zusammen. In ihn berichtete der Reichsaußenminister über die Tagung des Völkerbundsrates in Madrid und über die dort und in Paris geführten politischen Besprechungen.

Im Anschluß an diesen Bericht nahm das Kabinett Stellung zu dem Bericht des Sachverständigenausschusses vom 7. Juni d. Js.

Als Ergebnis dieser Beratungen faßte das Reichskabinett folgenden Beschluß: Die Reichsregierung ist bereit, den am 7. Juni d. Js. in Paris von den Sachverständigen unterzeichneten Plan für die Lösung des Reparationsproblems als Grundlage für die Konferenz der Regierungen anzunehmen. In nochmaligen Zusammenkunft Hermes ist gleichzeitig die Gesamtsituation der noch schwebenden Fragen aus dem Waffenstillstand.

Dr. Adenauer ruft den Staatsrat zum 24 ds. Mts. ein?

Berlin, 21. Juni. Wie in parlamentarischen Kreisen noch einer Gerüchtemeldung verlautet, hat der Vorsitzende des Staatsrates, Dr. Adenauer, sich auf den Brief, in dem Ministerpräsident Dr. Braun die unverzügliche Einberufung des Staatsrates zur Beratung des Staatsvertrages mit der Pfalz fordert, bereiterklärt, den Staatsrat schnellst als außerhalb vorgesehen, einzuberufen. Der ursprüngliche Einberufungstermin war der 28. Juni. Man nimmt an, daß der Staatsrat bereits am Montag, 24. Juni, zusammen wird, um Dienstag zusammentritt.

Das Getreidemonopol gescheitert.

Berlin, 21. Juni. Der Sachverständigenausschuß für die Frage des Getreidemonopols hat in seiner gestrigen Nachtsitzung eine Mitteilung über die Einführung des Getreidemonopols vorgenommen. Nach einer Meldung der B. Z. am Mittag wurde das Monopol mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die entscheidenden Stimmen gegeben sich in der Frage der Getreidepreise bei Monopol. Während die Sozialdemokraten ein Monopol auf ursprünglich fünf Jahre wünschten, wollten die Deutschnationalen über ein Jahr nicht hinausgehen. Keiner wurde aber die Zustimmung zum Gesetzentwurf eine Einigung nicht erzielt. Der Sachverständigenausschuß wird die Getreidefrage nun unter Ausschaltung der Monopolpläne zu erledigen haben.

Die Zuspitzung der Saarfrage.

Auf der Pariser Saarverhandlungskonferenz blieb die Saarfrage ausgeschaltet. Poincare selbst hatte, von den Beratungsplänen nichts gemacht, den französischen Vertretern die Strenge Anweisung erteilt, jede Berührung dieses heißen Eisens abzulehnen. Auf der Madrider Völkerbundstagung wurde die aktuelle der Saarfrage, das Memoriale beiseitegelassen, erneut vertagt. Briand verhindert 14 durch parlamentarischen Formalismus, der die Verfassungsrechtlichkeit der aus Versailles resultierenden Rechtsgrundlage betonte, aus der Affäre zu ziehen, und deshalbersteht man halbamtlich die Saarbevölkerung mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit, wo dem Saargebiet eine „bejahende Rolle" zugeschieden sei.

Durch den fortgesetzten Aufschub wird das unumwindliche Saarproblem nicht gelöst, sondern, solange es bleibt, vergiftet dieses Krankheits „Nährmittelgebiet" die internationale Atmosphäre.

Was die Anschlüsse ent eine „Bereinigung" geschrieben der Liquidationsfragen betrifft, so bestehen alle Anzeichen auf kritischste Anspannung. Wenn Deutschland als logische Vorausetzung bezw. Konsequenz der Annahme des Young-Plans mit der Räumung des Rheinlandes von der Beseitigung jeglicher Sicherheitsmaßnahmen Frankreichs erwartet und fordert, so verkreste sich Poincare im Minisserrat bereits auf die Nichtanerkennung auch nur der einen Hälfte der deutschen Voraussetzung, in dem er die Abtrennung des rheinischen „Pfandes", im niederrheinischen Interesse der französischen „Sicherheit", aus einer erfolgreichen Generalliquidierung der 1. Serie der ungeheuerlichen Abschnitte der deutschen Schuld abhängig macht. Wird dessenfalls also die Besatzungszeitung aus dem Rheinland abdauern „in einigen Monaten" versprochen, so bleibt für Poincare die Beseitigung des Saargebiets von vornherein aus politischen Erwägungen.

Die französische Regierung, welche dieses Standpunkt zu „verfeinerten" unternimmt, ist nachgerade durch die Saarpropagandisten derart breitgetreten, daß in all den geschützten Reden und Schriften der letzten Monate lediglich neues Mosiv Abwechslung in den eben so oft widerspruchsvoll als sachverständigerweise glatt unbeachteten Kampfes bringt. Auffallend ist nur die von Woche zu Woche gesteigerte Verlegenheit mit der die privaten Anhänger der französischen Saarannexionspläne einerseits den Rätsel Drand der konkreten „territorialen" Verbrechen auf die Regierung, in der Beilage als amtlicher Standpunkt gilt, anspielten, andererseits kund als offenbarlich über ganz Frankreich ausgebreitetes Organisationsnetz eine Volksbewegung für die „Aufrechterhaltung der Rechte im Saargebiet" in Gestaltung zu bringen trachten.

Das in den verschiedenen Pariser Kundgebungen der letzten Woche Gesagte Fiasco am 15. Juni in der Federation des Industriels et des Commerçants Français, und Barbaux und Genossen am Beisebend von Stresemanns Besuch am Quai d'Orsay, am 18. ds. Mts., in der Association Française de la Sarre) erneut offenbarte Unzulänglichkeit dieser Saarpolitiker. Ist die Unmöglichkeit bei 1935 prozentschen in eine neuerliche Volksabstimmerfrist über das Saargebiet, (weil die ursprünglich erstrebte französische Annexion doch als Traube zu hoch am Stock hängt); 2. die Verzeichnung des französischen Eigentums an den Saargruben sowie der Einbeziehung des Saargebiets in das französische Zollsystem.

Es ist natürlich laufter Zauber, wenn im Zusammenhang mit dieser über dem deutschen Saargebiet aufreißt ein erkaltenden Kolonialgesellschaft nach Phrasen zum „Selbstbestimmungsrecht" verfrischt werden, wie wenn bis 1935 die saarländische Volksseele noch derart in der Lage magenmäßig werden könnte, daß Frankreich mit Eisen aus dem Pleistiß herwringen. Was man mit dem französischen „Nährgebiet" erreichen möchte, ist der Ausdruck der vagen Hoffnung, daß mit Zuckerbrot und Peitsche eine derartige Expressung in gewissen bergmännischen Grenzbezirken durchgeführt werden

Deutsche Kommunisten beantragen Clara Zetkins Ausschluß.

Berlin, 21. Juni. Noch einer Vorwärts-Meldung hat die deutsche Abordnung in der Kommission des Antrag zum Ausschluß von Clara Zetkin und der Kommunisten aus der Gewerkschaftsinternationale gestellt.

Arbeitsgemeinschaft Reich-Berlin zur Unterstützung des Philharmonischen Orchesters.

Berlin, 21. Juni. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, nach der zur Unterstützung des deutschen Unterstützung des Philharmonischen Orchesters eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Reich und Berlin geschlossen werden soll. Dr. Furtwängler ist als erster Dirigent des Orchesters auf die Dauer von sechs Jahren verpflichtet worden.

Zusammentritt des englischen Parlaments am 1. Juli.

London, 20. Juni. Am 1. Juli wird das Parlamentsitzung mit einer Thronrede des Königs wieder eröffnet werden. Man nimmt an, daß das Parlament sich gegen Ende Juli bis zum Herbste vertagen wird.

Mussolinis Rede.

Rom, 21. Juni. Mussolini hielt gestern vor Vertretern der Provinzen eine Rede, in der er die Ansicht vertrat, daß die Zeit der Kriegsschulden und der Reparationen vorbei sei. Die Kriegsschulden müssen gestrichen werden, wenn Europa wieder aufleben soll. Die Reparationen müssen in Form von Kriegsmaterialien bezahlt werden